

## **Kleine Anfrage 1989**

des Abgeordneten Christoph Schulze  
BVB / FREIE WÄHLER Gruppe

an die Landesregierung

### **EU-Notifikation vs. Negativtest der EU zur Gewährung von öffentlichen Beihilfen an die FBB GmbH zwecks Fertigstellung des BER**

Bereits im Jahr 2012 wurden 1,2 Mrd. Euro an öffentlichen Beihilfen für den BER mit Hilfe eines EU-Notifizierungsverfahrens über einen so genannten Private Investor Test freigegeben.

Nun hat sich nach den Landtagswahlen im Herbst 2014 ein neues Finanzloch am BER aufgetan, was nicht überrascht hat. Ursprünglich hieß es auch hier wieder über mindestens ein Jahr, dass auch hier erneut ein EU-Notifizierungsverfahren angestoßen worden sei und erforderlich sei um weitere öffentliche Beihilfen der Gesellschafter für den BER freigeben zu können.

Nun reden jedoch Herr Sts. Bretschneider (Flughafenkoordinator der Landesregierung) Herr Finanzminister Görke in der Sitzung des Sonderausschusses BER am 18.07.2016 (vgl. Antrag auf Wortprotokoll) plötzlich nur noch von einem Negativattest, das bei der EU beantragt worden sei und auch nur erforderlich sei. Herr Bretschneider führte sogar aus, dass er den Sonderausschuss schon immer darüber informiert habe, dass es um ein Negativattest gehe und dass es sich ja gar nicht um öffentliche Beihilfen handele.

Die Protokolle der letzten Sitzungen des Sonderausschusses BER sprechen da jedoch durchgehend eine ganz andere Sprache. Dort wurde in allen Sitzungen durchgängig und unwidersprochen auch von den Herren Bretschneider und Görke der eindeutige Begriff „EU-Notifizierungsverfahren“ gebraucht. Über ein „Negativattest“ wurde nie zuvor gesprochen oder gar informiert.

Protokoll SBER 6/11: S. 6 oben, 7 Mitte, 9 oberes Drittel.

Protokoll SBER 6/12: S. 5 oben, 11 Mitte, 12 oben.

Protokoll SBER 6/13: S. 6 Mitte, 7 Mitte, 7 unten, 9 oberes Drittel, 9 unteres Drittel, 12 unteres Drittel sowie Präsentation der FBB GmbH, Folie 19

Protokoll SBER 6/14: S. 17 oberes Drittel, 17 unten, 18 unten (2X), 20 Mitte.

Aus dem EU-Notifizierungsverfahren wurde nun plötzlich das Negativattest. Was ist nun zutreffend?

Aus diesem Grunde frage ich die Landesregierung:

1. Wie hoch ist der erneute Finanzbedarf des BER, der aktuell mit Genehmigung der EU abgedeckt werden soll?
2. Was genau ist Inhalt und Gegenstand der bei der EU laufenden Genehmigungsverfahren?
3. Unter welchem Aktenzeichen werden die Verfahren bei der EU geführt:
  - a. Das Notifikationsverfahren
  - b. Das Verfahren zum Erreichen eines Negativtests
4. Wer hat die Anträge zu den beiden unter Frage 3 angesprochenen Verfahren gestellt und womit wurden sie konkret begründet?
5. Wann ist ein eigenständiges Verfahren zum Erreichen eines Negativtests eröffnet worden? Wer hat beschlossen, dass ein solches Verfahren zusätzlich zum EU-Notifikationsverfahren zu eröffnen ist? Wann ist der Sonderausschuss BER darüber informiert worden?
6. Trifft es zu dass das ursprüngliche EU-Notifikationsverfahren (Flughafen BER – neue Finanzhilfen , Beihilfeverfahren SA.115376, SA.35378, SA.35387 und SA.36263 (2013/CP)) eingestellt worden ist? Warum ist es eingestellt worden? Wer hat die Entscheidung dazu getroffen? Wann ist der Sonderausschuss BER darüber informiert worden?  
Falls es nicht eingestellt wurde: Warum wurde darüber hinaus ein zusätzliches Verfahren zum Erreichen eines Negativtests angestoßen? Und welche Bedeutung hat in diesem Fall das ursprüngliche EU-Notifikationsverfahren noch?
7. Warum darf bei noch laufendem Notifizierungsverfahren gegen das generelle Durchführungsverbot, das bis zu einer Entscheidung der Kommission nach Art. 108 Abs. 3 AEU-Vertrag gilt, verstoßen werden? Was sind die genauen diesbezüglichen Regelungen des Art. 108 Abs. 3 AEU-Vertrag? Weshalb mussten diese Regeln im ersten Notifizierungsverfahren 2012 beachtet werden, und sollen jetzt plötzlich nicht mehr gelten bzw. angewendet werden müssen? Bitte begründen Sie Ihre Antwort auch mit stichhaltigen juristischen Ausführungen.
8. Wie genau sieht das Szenario des Risikomanagements der FBB GmbH für den Fall eines negativen Ausgangs des EU-Notifikationsverfahrens insbesondere hinsichtlich der Liquidität der FBB GmbH und hinsichtlich einer Gewährleistung weiterer Bautätigkeiten am BER zur Sicherstellung der fristgerechten Fertigstellung des BER aus? Wenn es kein Szenario des Risikomanagements geben sollte, warum nicht? Denn hier handelt es sich um das zentrale Risiko für den Weiterbau und die Fertigstellung des BER.
9. Trifft es zu dass die Landesregierung bzw. die Gesellschafter der FBB GmbH eine „Generalfinanzierungsklausel“ beschlossen haben (Görke, im SBER am 18.07.16) die besagt den BER in jedem Fall voll zu Ende zu finanzieren (koste

es was es wolle)?

Was ist der konkrete Inhalt dieser „Generalfinanzierungsklausel“ und wo kann sie eingesehen werden?

10. Darf die Landesregierung eine solche „Generalfinanzierungsklausel“ beschließen ohne ein Votum des Landtags einzuholen (Haushaltsvorbehalt)?
11. Gibt es Verpflichtungsermächtigungen im Landeshaushalt oder dem geplanten neuen Doppelhaushalt 2017/18 für den BER? Wenn ja: Seit wann, wo genau und in welcher Höhe?